

Gewaltige Aufrüstung

Erwiderung auf „Maas könnte Worten Taten folgen lassen“, Leserforum v. 10.8.

Den Inhalt des Leserbriefs von Frau Roth kann ich selbstverständlich weitgehend teilen. Außenminister Maas gefällt sich derzeit in der Rolle des Mahners zur Abrüstung. Dabei gerät er aber zwangsläufig in die Zwickmühle, gleichzeitig die offiziellen Nato-Positionen vertreten zu müssen. Beides geht aber nicht, denn die Nato hat sich das Zwei-Prozent-Ziel verordnet; also Aufrüstung. Das gilt auch für die Atombewaffnung. Seit Jahren hat der militärisch-industrielle Komplex in den USA in Kooperation mit den militärfreundlichen Thinktanks die jetzt anstehende Aufrüstung mit neuen, atomaren Massenvernichtungswaffen jeglicher Kategorie vorbereitet. Mehr als 1000 Mrd. Dollar sollen für diese gewaltige Aufrüstung allein in den Staaten ausgegeben werden. Genau dagegen würde der UN-Atomwaffenverbotsvertrag einen Riegel bilden.

Allerdings sind die von Frau Roth angegebenen Zahlen nicht korrekt, denn mit „55 Staaten, die diesen Vertrag ratifiziert haben“, würde er bereits völkerrechtliche Gültigkeit erlangt haben, was tatsächlich nicht der Fall ist. 0 Unterzeichnerstaaten stehen bisher 25 Staaten gegenüber, die ihn auch ratifiziert haben. 50 müssen es mindestens werden. Sorgen wir alle dafür, dass Deutschland bald dazu gehört!

Bernd Bremen, Aachen

Diskussion: frblog.de/inf-2

Gefahr für die Balance

Zu: „155 Millionen Euro für Berater“, FR-Politik vom 9. August

Meines Erachtens muss die Kritik an dem Engagement von Unternehmensberatern und anderen Experten für die Bundesregierung noch wesentlich stärker werden.

Es geht nämlich über den zu großen Einfluss auf die Regierungsarbeit hinaus um eine hochgradige Gefahr für die Balance von Legislative, Exekutive und Judikative in unserer Gesellschaft. Je mehr die Bundesregierung sich extern beraten lässt, desto auftragsloser und arbeitsloser werden Tausende von gut- bis hochbezahlten Mitarbeitern in den Ministerien. Die nicht mehr abgeforderten Ressourcen in der Exekutive werden die externen Auftragnehmer der Privatwirtschaft mit ihrem Appetit auf Großaufträge gerne übernehmen. Bleibt die Exekutive noch balancefähig?

Muss diesem Trend nicht ein Ende gesetzt werden? Es wird höchste Zeit, die akute Gefahr für die Gewaltenteilung mit einem Rechtsgutachten zu bewerten. Ggf. ist das Bundesverfassungsgericht die richtige Instanz.

Wilhelm Meister, Braunschweig

Diskussion: frblog.de/lf-20190813



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Mehr Geld für Personal und Infrastruktur

Kein Deutsch, keine Grundschule? Zu: „Es geht nicht um Stigmatisierung, es geht um Förderung“, FR-Politik vom 7. August

Schulterschluss der politischen Kräfte

Ein politisches Sommerloch mit einer emotionalen Debatte zu füllen, ist ein kluger Schachzug des CDU-Bundestagsabgeordneten Carsten Linnemann gewesen. Mit der Debatte um vermeintlich zu hohe Sprachdefizite bei Kindern von Zuwanderern hat er einen Nerv bei vielen getroffen. Die Diskussion kommt jedoch zu einem falschen Zeitpunkt und sie sollte sich nicht am Populismus orientieren, den Herr Linnemann hier gerade offenbart. Vielmehr sollte eine solche Debatte, bei der es um nichts weniger geht als die Zukunft und die Bildungschancen aller Kinder, weniger Emotionen beinhalten und mit mehr Sachlichkeit geführt werden. Denn jede Diskussion bringt, wenn sie denn zielorientiert geführt wird, auch eine große Chance mit sich.

Was wir garantiert nicht brauchen sind Vorschläge, Kinder von der Schule fernzuhalten! Wir benötigen vielmehr ein Zusammenspiel und den Schulterschluss der politischen Kräfte, um die frühkindliche Bildung weiter voranzubringen. Beispielsweise müssen die Länder und Kommunen sehr schnell die milliardenschweren Fördergelder des vom Bund beschlossenen Gute-Kita-Gesetz zur Stärkung der frühkindlichen Sprachförderung in den Kitas und Grundschulen erhalten. Die Antwort auf die Debatte kann nur lauten: Mehr Geld für Personal und Infrastruktur statt weitere Selektion von Kindern – zumal Integration am besten gemeinsam funktioniert.

Von den Bundestagsfraktionen und vor allem von der CDU erwarte ich mehr Besonnenheit und Sachlichkeit, wenn es ihnen denn wirklich um das Wohl der Schulen, Kitas und Kinder geht!

Adis Ahmetovic, Hannover

Sinkendes Bildungsniveau statt Integration!

Im Alter von sieben Jahren kam ich von Amsterdam nach Balingen (Baden-Württemberg) zum

ersten Mal in eine deutsche Schule. Die ersten Tage war es von der Schule erlaubt worden, dass meine Mutter mit in der Klasse saß und für mich übersetzte. Mit meinen Geschwistern und meinem Stiefvater habe ich immer nur Niederländisch gesprochen, mit meiner Mutter eine Mischung aus Niederländisch und Indonesisch. Ich habe, trotz Deutsch als Fremdsprache, dennoch ein Diplom der Universität Bonn erlangt.

Abgesehen von der Tatsache, dass ich kein Deutsch konnte und ganz gewiss kein Schwäbisch, diente ich in den ersten Wochen der spaßigen Unterhaltung der Mitschüler. Es muss für alle sehr komisch geklungen haben, wenn ich in meiner Muttersprache das erklärte, was ich schriftlich an der großen Tafel machte. Beispiel $8 \times 7 = 56$ oder „acht vermenigvuldigd met zeven is zesenvijftig“. Dennoch wurde ich, inzwischen in Schramberg/Schwarzwald wohnend, drei Jahre später von der Klassenlehrerin zusammen mit vier weiteren Schülern für die Oberschule (= Gymnasium) vorgeschlagen und schaffte auch die damals noch erforderliche schriftliche Aufnahmeprüfung.

In der jüngsten Zeit habe ich an einer Realschule Nachhilfeunterricht für Flüchtlingskinder zum Erlernen der deutschen Sprache gegeben. Was mich dabei wiederholt verblüffte war, dass vielen Lehrern erstens nicht bekannt zu sein scheint, dass viele Sprachen (z.B. Arabisch, Russisch, Indonesisch) keine Artikel haben, und zweitens nicht, dass für viele der Kinder Deutsch die dritte oder gar vierte Sprache war. Zusammen mit einer neuen Schrift, sofern sie nicht schon Englisch gelernt hatten, wirkte die Ignoranz der Lehrer/innen für die Kinder deutlich erschwerend, zumal viele der Lehrer außer Deutsch keine andere Sprache im Gespräch anwenden konnten.

Es ist zu wünschen, dass Lehrer sich Grundkenntnisse über die Herkunftsländer, zumindest im Bildungsbereich zulegen und dass sie sich über die speziellen

Hürden, die die deutsche Sprache aufweist, im Klaren sind.

Paul R. Woods, Neumagen-Dhron

Integrationserfolg unwahrscheinlich

Sollen Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen später eingeschult werden? Dazu äußerte sich im Interview der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes Hans-Peter Meidinger u. a. wie folgt: „Alle Studien zeigen, dass Sprachdefizite, die zum Zeitpunkt der Einschulung bestehen, nicht im Laufe der Schulzeit wieder aufgeholt werden können. Im Gegenteil: Die Leistungsunterschiede werden größer. Wir erleben bereits einen Anstieg der Zahl von Jugendlichen, die ohne Abschluss die Schule verlassen – darunter ein hoher Prozentsatz von Kindern mit Migrationshintergrund. Wir haben dazu Studien vorliegen: Je höher der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, die nicht ausreichend Deutsch sprechen, desto geringer der Lernerfolg in der Gesamtklasse.“

Der jämmerliche Zustand an den Duisburger Schulen ist bekannt. Dort fehlen zurzeit 250 Lehrer, u.a. weil Bewerber vor Klassen mit hohen Anteilen an Ausländerkindern zurückschrecken. Überträgt man die von Meidinger aufgezeigten Erkenntnisse auf die Situation der mehr als 20 Duisburger Schulen mit 80 und mehr Prozent „Migrationshintergrund-Kindern“, dann folgt: Vorhandene Sprachdefizite können nicht aufgeholt werden. Noch mehr Jugendliche werden ohne Abschluss die Schule verlassen. Je höher der Ausländeranteil, desto geringer ist der Lernerfolg in der Gesamtklasse. Ein sprachlich gestützter Lernerfolg und Integrationserfolg ist für viele der Kinder an diesen „bunten Schulen“ eher unwahrscheinlich.

Wer integriert in diesen Klassen wen? Zudem fehlen überall die finanziellen und personellen Ressourcen, um integrationsfördernd gegenzusteuern.

Manfred Schweres, Duisburg

Diskussion: frbloig.de/linnemann

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Einlass ab 18 Uhr.

Donnerstag, 5. September, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge stellt seinen neuen Roman „Incubus – Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.

Donnerstag, 19. September, 19 Uhr Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.

Donnerstag, 24. Oktober, 18.30 Uhr Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Geothermie statt Hochspannungstrassen

Gastwirtschaft: „Tut Söder, was Söder sagt?“, FR-Wirtschaft vom 2. August

„Der saubere Strom aus dem Norden muss endlich in München ankommen“, fordert Christine Ax in der „Gastwirtschaft“ und fordert, dass wir „Fachpolitiker an der Macht“ brauchen.

Zum einen braucht Bayern keinen Windstrom aus dem Norden (und muss auch nicht das Voralpenland mit Windkraft „zupflastern“), sondern muss endlich seine enormen Tiefengeothermiefähigkeiten flächendeckend für die CO₂-freie Wärme- und Stromproduktion erschließen. Die Millionenstadt München und einige Kommunen machen es bereits vor. Die gleichen optimalen Bedingungen für die Nutzung der Tiefenerdwärme bestehen im Oberrheingraben-

biet und im gesamten Norddeutschen Becken. Erschlossen wurden und werden sie nicht, weil dies kein Geschäft für REW und Co ist. Denn die tatsächliche Energiewende ist dezentral und kommunal. Dafür werden weder fossile Großkraftwerke noch Hoch- und Höchstspannungstrassen und auch die Energiekonzerne nicht gebraucht.

Zusätzlich muss die 2012 von Merkel/Altmaier zum „Wohle“ der Kohleverstromung abgewürgte Solarenergienutzung mit einer optimalen Förderung wieder auf maximales Ausbautempo gebracht werden, um mit großen Mengen Überschussstrom per Elektrolyse Wasserstoff, synthetisches Methan und synthetische

Kraftstoffe zu erzeugen und die fossilen Energieträger in allen Bereichen zu ersetzen. Zugleich wird deutlich, dass der Windstrom aus dem Norden nicht im Süden, sondern im Norden selbst gebraucht wird, um mit Überschussstrom ebenfalls Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe zu erzeugen. – Mit den Kosten, für die das „Supergrid“ als weiteres Milliarden-geschäft für die Energiekonzerne ausgebaut und betrieben werden soll, könnten sämtliche Kommunen mit Elektrolyse- und Methanisierungsanlagen ausgestattet und die tatsächliche Energiewende vollzogen werden.

Heidger Brandt, Emkendorf

Diskussion: frblog.de/klimarat